

Eine Dokumentensammlung für Kommunismus-Kenner

Otto Wenzel

Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein, Leonid G. Babicenko, Fridrich I. Firsov und Aleksandr Ju. Vatlin, Berlin: Aufbau-Verlag 2003, 479 Seiten, 40 Euro

Einzigste Quelle für eine Sitzung des Politbüros der Kommunistischen Partei Rußlands (KPR) im August 1923, in der eine „Deutsche Oktoberrevolution“ beschlossen wurde, war bis zur Öffnung der Kreml-Archive Boris Bajanows *Stalin, der rote Diktator* (1931). Mehrere Historiker haben sich auf das Zeugnis von Stalins ehemaligem Sekretär berufen, unter anderem der Rezensent in seiner Dissertation *Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1923* (1955). Zwei Autoren haben allerdings noch 1996 die Authentizität Bajanows angezweifelt. 1995 wurde sie jedoch durch die Veröffentlichung einiger Politbüro-Protokolle in der Zeitschrift *Istotschnik* bestätigt.

Das vorliegende Werk ist mit dem Abdruck von 103 Dokumenten aus der Zeit vom 2. Juli 1923 bis zum 19. Januar 1924 eine Fundgrube für jeden Kommunismus-Kenner, der sich näher über Einzelheiten dieser dramatischen Monate informieren will. Sie stammen zum größten Teil aus Archiven der KPdSU und der Komintern, einige aus dem Historischen Archiv der KPD und dem Archiv der Vertretung der KPD beim Exekutivkomitee der Komintern (EKKI). Dem Dokumententeil, der einen Umfang von 388 Seiten mit sorgfältig edierten Dokumenten hat, werden ein Vorwort von Hermann Weber, ein Beitrag von Fridrich I. Firsov über den „Oktober, der nicht stattfand“, ein Kommentar über dieses Thema von Pierre Broué und ein Beitrag von Karsten Rudolph über „Linke Republikaner als streitbare Demokraten“ vorangestellt, insgesamt 59 Seiten.

Die Dokumente sind in fünf Teile gegliedert: 1. Die Zuspitzung der sozialen und politischen Krise in Deutschland und die Reaktion der sowjetischen Parteiführung, 2. Politische, militärische und geographische Einstimmung auf die Revolution in Deutschland, 3. Weichenstellung für den Aufstand in Deutschland und Ausarbeitung der Revolutionspläne. Der Eintritt der KPD in die Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen, 4. Einmarsch der Reichswehr in Mitteldeutschland, „Oktoberrückzug“ und „Hamburger Aufstand“, 5. Die „absurde Wende“: Umdeutung des „Deutschen Oktober“, Opferung des Sündenbocks und Genese einer neuen Lesart. Jeder Teil wird durch eine Chronik eingeleitet, die meisten Dokumente durch eine Kurzbeschreibung. An einigen Stellen werden grauunterlegte Zitatblöcke eingefügt. Der Band enthält ein Gruppenfoto, zehn Porträtfotos deutscher und russischer Kommunistenführer und drei Porträtzeichnungen sowie eine Sinowjew-Karikatur von Bucharin. Die meisten nehmen ein Viertel einer Seite ein, nur für das Foto der schönen Larissa Reissner ist eine ganze Seite eingeräumt. Das Personenverzeichnis enthält in winziger Schrift Geburtsjahr und -ort, Sterbejahr und -ort, den ursprünglichen Namen, den Parteinamen und Pseudonyme. Alle russischen Namen sind in der wissenschaftlichen Umschrift wiedergegeben (zum Beispiel Zinov'ev statt Sinowjew). Die in Verlagsmitteilungen angekündigten Übersichten über Leitungsgremien der Komintern, der russischen und der deutschen KP sind in diesem Band nicht enthalten.

Ein großer Teil der Dokumente sind Briefe, Geheimtelegramme und Berichte von russischen Emissären in Deutschland. Die übrigen Dokumente sind Briefe, Stellungnahmen und Thesen russischer und deutscher Kommunistenführer, Auszüge aus Protokollen des Politbüros und des ZK der KPR, Protokolle und Beschlüsse des EKKI. Der Leser findet drei Briefe des Militärischen Leiters bei der Zentrale der KPD, Rose, eines russischen Divisionskommandeurs, aber keine Schreiben seiner Moskauer Auftraggeber. Das Politbüro-Protokoll vom 21. August 1923, das bereits 1995 in *Istotschnik* veröffentlicht wurde, ist das einzige, das einen Einblick in die Diskussion innerhalb der russischen Führung gibt. In dieser Sitzung war nur der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrats, Rykow, gegen den Aufstand in Deutschland. Meinungsverschiedenheiten, insbesondere mit Trotzki, schlugen sich jedoch in vielen anderen Dokumenten nieder, insbesondere aus der Zeit ab November 1923.

Es konnte nicht ausbleiben, daß trotz der Fülle der Dokumente Wichtiges fehlt, weil es offenbar nicht auffindbar war. So die Arbeitsergebnisse der von Trotzki geleiteten Kommission, die am 20. September beauftragt wurde, militärische und militärökonomische Entscheidungen vorzubereiten. Ihr gehörten als Mitglieder Pjatakow, Rykow, Sokolnikow und Stalin an. Wünschenswert wäre es auch gewesen, die Niederschrift über die Geheimsitzung von russischen Mitgliedern des EKKI mit Vertretern der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und der Tschechoslowakei am 21. September aufzunehmen. Darin ist Trotzki's Zwischenruf „Aber diesmal mit besserem Erfolg!“ festgehalten, als ein Redner an den Vorstoß der Roten Armee zur Erreichung einer unmittelbaren Grenze mit Deutschland im Jahre 1920 erinnerte. Diese Worte und Trotzki's Bemerkung am 25. September, daß die militärische Unterstützung erst nach der Machtergreifung in Deutschland erfolgen könne, bestätigen die Äußerungen Enderles gegenüber dem Rezensenten am 18. Oktober 1952. Trotzki's Zusammenreffen mit ihm und Walcher auf der Krim (nicht im Kaukasus?) wird in der Kurzbeschreibung des Dokuments 11 und in der Chronik unter dem Datum 15. August erwähnt. Über den Inhalt dieses Gesprächs werden jedoch keine Angaben gemacht.

Zur militärischen Rolle des russischen Kriegskommissars bei der Vorbereitung der „deutschen Oktoberrevolution“ enthält das Buch nur zwei Dokumente. Am 10. September fragte er den Oberbefehlshaber der Roten Armee, Sergej Kamenew, wieviel Truppen Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei für eine Okkupation Deutschlands bereitstellen könnten und welche möglichen Rückzugswege die deutsche Rote Armee hätte. Hier wäre die Antwort Kamenews von großem Wert. Am 27. September schrieb Trotzki dem Politbüro der KPR, „die Stäbe der proletarischen Hundertschaften“ würden „als formelle militärtechnische Organe der Organisation der Betriebskomitees [gemeint sind die Betriebsräte] während des Umsturzes die entscheidende Rolle spielen“. Ungeklärt ist noch immer die Frage, warum Trotzki in der Politbürositzung am 21. August Kritik am Bericht Roses übte, aber nichts unternahm, ihn durch einen besseren Militärfachmann zu ersetzen. Unschlicht, der Stellvertreter des Vorsitzenden der Vereinigten Staatlichen Politischen Verwaltung (OGPU) und des Vorsitzenden des Revolutionären Militärrats, also der Stellvertreter Trotzki's, wurde nur zu einem vorübergehenden Aufenthalt nach Deutschland geschickt. Er berichtete am 29. September, daß Rose ungeeignet sei, ihm fehle der politische Horizont. Aber er fügte hinzu: „Im Falle von Kriegshandlungen wäre er sehr brauchbar.“ Der (am 28. August vom Polbüro der KPD eingesetzt) „Revolutionäre Kriegsrat“ stehe vorläufig nur auf dem Papier. Trotzdem sagte Trotzki am 4. Oktober bei der Beratung von russischen Spitzenfunktionären mit Vertretern der Zentrale der KPD und der „Berliner Opposition“: „Wir haben in Deutschland eine revolutionäre Situation, die vollständig reif ist.“ Die-

ses widersprüchliche Verhalten wird von einem Autor (Hildermeier) auf eine nach dem XII. Parteitag (April 1923) einsetzende Passivität zurückgeführt, „die so gar nicht zu Trotzki paßte und bis heute rätselhaft geblieben ist“.

43 Dokumente stammen aus der Zeit vor der Chemnitzer Konferenz (21. Oktober 1923) und 60 aus der Zeit danach. Auf diese Weise wird den Voraussetzungen und Vorbereitungen der „deutschen Oktoberrevolution“ weit weniger Aufmerksamkeit geschenkt als den Ursachen der „Oktoberniederlage“ und den Fraktionskämpfen in der KPR und in der KPD. Belegt ist durch diese Dokumente, daß der Generalsekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale, Losowski, 1923 in Deutschland war, ebenso der Wirtschaftstheoretiker Varga. Von der am 4. Oktober vom Politbüro entsandten „Vierergruppe“, die den Auftrag hatte, den Aufstand vorzubereiten und die Führung der KPD darauf einzustellen (Sinowjew am 2. Oktober), trafen nur Radek und Pjatakow in Deutschland ein. Rudsutak konnte wegen „Krankheit“ nicht abreisen, Kuibyschew, weil er „aufgehalten“ wurde. Der Letztgenannte wurde auf Betreiben der „Berliner Opposition“ gegen den Widerstand anderer Teile der Partei durch den Arbeitskommissar Schmidt ersetzt (Dokument 63). Radek und Pjatakow widersetzten sich dem Politbüro-Beschluß, da Schmidt nicht dem ZK angehörte, mußten aber schließlich dem Druck Sinowjews nachgeben. Durch die Aufnahme von Botschafter Krestinski wurde die „Vierergruppe“ wieder komplett (Dokument 73).

In diesen Dokumenten kommt gut heraus, daß Stalin, der auf dem IV. Weltkongreß (November/Dezember 1922) weder zum Mitglied noch zum Kandidaten des EKKI gewählt worden war, immer mehr in den Vordergrund rückte, während Trotzki ins Abseits geriet und wegen einer „hartnäckigen, mysteriösen Infektion“ an den entscheidenden Sitzungen im Dezember 1923/Januar 1924 nicht teilnehmen konnte. Rätselhaft ist in diesem Zusammenhang, daß Pjatakow, dessen „besonderes Vertrauensverhältnis zu Stalin“ in der Kurzbeschreibung zum Dokument 59 hervorgehoben wird, zu den Unterzeichnern des oppositionellen „Briefes der 46“ (der leider nicht abgedruckt wurde) gehörte. Zusammen mit Radek wehrte er sich in der ZK-Sitzung am 14./15. Januar 1924 gegen die pauschale Verurteilung Brandlers durch Stalin und Sinowjew.

Keiner der militärpolitischen Oberleiter, Schreiner, Gutsche, Zaisser und Wollenberg, wird in diesem Buch erwähnt. (Bei dem im Dokument 27 genannten Walter handelte es sich eindeutig um Ulbricht.) Dabei hätte es nahegelegen, Wollenbergs Niederschriften vom 1. November 1923 und vom 5. Juli 1924, die im Historischen Archiv der KPD zu finden sind, in diese Sammlung aufzunehmen. In der ersten verurteilte er den kläglichen „Versuchsballon, durch einen lokalen bewaffneten Aufstand [Hamburger Aufstand] einen Generalkampf in Deutschland zu erzeugen“. In der zweiten kritisierte er die falsche Frontstellung des Militärapparats (gegen „Faschismus“ statt gegen Staatsorgane, Reichswehr und Schupo) und die mangelnde Eignung „der für die Militärarbeit nach Deutschland entsandten Genossen“ für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes, weil sie nach den Erfahrungen des russischen Bürgerkriegs gewohnt waren, mit fertigen Verbänden zu kämpfen.

In den russischen Dokumenten ist durchweg vom „ZK der KPD“ die Rede, auch der Parteivorstand der SPD heißt hier so. Von der Chronik und den Kurzbeschreibungen hätte man die Unterscheidung zwischen der Zentrale und dem etwa alle drei Monate tagenden Zentralauschuß erwartet, dem zusätzlich die Vertreter der Bezirke angehörten. Ein ZK hatte die KPD erst ab 1925. Daß der Reichstag in der Chronik zum 3. Oktober als Nationalversammlung bezeichnet wird, hätte das Lektorat nicht durchgehen

lassen dürfen, ebensowenig die zweihundert gemischten Hundertschaften in Südbayern (Dokument 4). Am 15. Mai bestanden dort nur zehn Parteihundertschaften.

Da dieses Buch seinen Dokumententeil auf Archivmaterial beschränkt und, von kurzen Zitaten abgesehen, auf Zeitungen, Pressedienste, Parteitags- und Weltkongreßprotokolle sowie Mitteilungen von Zeitzeugen verzichtet, können einige Vorgänge nicht deutlich genug herausgearbeitet werden. Sinowjews Artikelreihe „Probleme der deutschen Revolution“, die vom 19. Oktober bis 9. November in acht Folgen in der *Internationalen Pressekorrespondenz* veröffentlicht wurde, wird in der Kurzbeschreibung des Dokuments 49, eines Briefes des russischen Konsuls Schklowski über den Hamburger Aufstand, auf neun Zeilen erwähnt. Sinowjews Artikelreihe liefert zusammen mit Artikeln Radeks in diesem Organ und in der *Roten Fahne* einen trefflichen Einblick in das Denken der russischen Kommunistenführer. Äußerungen Sinowjews in seinem Hauptreferat auf der XIII. Parteikonferenz im Januar 1924 belegen, daß die Spitze der Partei im Herbst 1923 mit der deutschen Revolution als einer „Frage von Wochen“ gerechnet hat. Dokument 28 ist Sinowjews Telegramm vom 1. Oktober, in dem die KPD aufgefordert wird, in die sächsische Landesregierung einzutreten und den „General Müller [den Wehrbereichskommandeur, der in diesem Land seit der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes die vollziehende Gewalt ausübte] zu ignorieren“. In der Kurzbeschreibung wird erwähnt, daß Brandler damit nicht einverstanden war, da sich eine Revolution nicht erschleichen lasse, und sich erst nach heftigen Diskussionen fügte. Die Dramatik dieser Auseinandersetzung schilderte Brandler 1948 Isaac Deutscher und 1952 dem Rezensenten. Sinowjews Äußerung über General Müller ging darauf zurück, daß er den Reichswehrgeneral mit dem der Kadettenpartei angehörenden Pepljajew verglich, der 1917 kurz vor der Oktoberrevolution von der Provisorischen Regierung zum Kommissar von Kronstadt ernannt worden war, aber nicht verhindern konnte, daß sich die tatsächliche Macht in den Händen des dortigen Sowjets befand.

Warum übertrieb Brandler in Moskau die Stärke der proletarischen Hundertschaften und ihre Bewaffnung? (Eberlein und Thälmann wichen übrigens nur in Nuancen von ihm ab.) Wenn nach der „Oktoberniederlage“, angefangen bei Radek in einem Brief vom 29. Oktober 1923 bis zu Vatlin in einem NDR-Fernsehbeitrag am 4. November 2002, immer wieder Brandlers Übertreibungen die Schuld an der Fehleinschätzung der russischen Führung gegeben wird, ist das unseriös. Radek selbst sagte in seinem Diskussionsbeitrag auf dem ZK-Plenum am 15. Januar 1924: „Die Information, die Brandler auf der Tagung des russischen ZK und der vom russischen ZK eingesetzten Kommission übergab, war die, die ihm im Beisein des Genossen ... unser militärischer Agent, Genosse ... [beide Namen sind weggelassen], übergab, der alle Fäden in seinen Händen hielt.“ Ob der erste Genosse Kleine (Guralski) und der zweite Rose war, läßt sich nicht eindeutig sagen. Die Herausgeber dieses Werks haben diesen Satz weder in der Kurzbeschreibung noch in einer Anmerkung erläutert. Radek fuhr fort, daß noch vor seiner und Pjatakows Abreise nach Deutschland (also vor dem 16. Oktober) ein ebenfalls nicht genannter Genosse, der sich vor Ort mit der Lage vertraut gemacht habe, „zu dem Schluß kam, daß es keine Waffen gab, und uns das hierher schrieb“. (Offenbar meinte er das Schreiben Unschlichts vom 29. September.) Die Moskauer Führung habe daraufhin keine Änderung an ihren Plänen vorgenommen. Im übrigen habe die Komintern in Deutschland über hundert Informationsquellen, womit er sicher unter anderen die Agenten der IV. Verwaltung der Roten Armee, der OGPU und der Sektion für internationale Verbindungen der Komintern (OMS) meinte.

Zu den Ursachen des Scheiterns der „deutschen Oktoberrevolution“ 1923 gehörten die Gegenmaßnahmen des Staates, die in Chronik und Kurzbeschreibungen an verschiede-

nen Stellen erwähnt werden. Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Stresemann trafen sie, um eine kommunistische Machtübernahme zu verhindern. Deutschland hatte eben keine „Kerenski-Regierung“, wie einige Kassandras befürchteten. Die Beendigung des Ruhrkampfes, die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung und die Beendigung der Inflation waren ein Maßnahmenbündel, gegen das die kommunistischen Aufstandspläne nicht ankamen. Die Absetzung der SPD-KPD-Regierungen in Sachsen und Thüringen muß man vor dem Hintergrund sehen, daß das Reichskommissariat für die Überwachung der öffentlichen Ordnung und das preußische Staatskommissariat durch einschlägige kommunistische Publikationen, einschließlich der Artikel Sinowjews und eines „umstürzlerischen“ Artikels Brandlers in der *Prawda* sowie abgefangene Rundschreiben davon überzeugt wurden, daß sie es nicht mit leeren Propagandaphrasen zu tun hatten. Ihre Erkenntnisse wurden an die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung weitergeleitet.

Obwohl Weber in seinem Vorwort die Entwicklung der KPD in der Zeit zwischen 1919 und 1929 skizziert, allerdings auf nur 16 Seiten, sind einige Grundpfeiler der kommunistischen Politik in den Jahren 1922/23 nicht deutlich genug erkennbar. Zum Verständnis der Haltung der Zentrale-Mehrheit unter Brandler in der zweiten Jahreshälfte 1923 bedürfte es einer eingehenderen Beschreibung der proletarischen Einheitsfronttaktik, der angestrebten Arbeiterregierung, der Kontrollausschüsse, der proletarischen Hundertschaften und der kommunistischen Betriebsrätebewegung. An keiner Stelle wird gesagt, daß der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte (an einer Stelle wird er mit dem Berliner Fünfzehnerausschuß verwechselt) vom ersten Reichsbetriebsrätekongreß gewählt wurde, der im November 1922 in Berlin zusammentrat. Er war, wenn auch mit viel geringerem politischem Gewicht, ein deutsches Abbild des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees der Sowjets zwischen dem ersten und dem zweiten Allrussischen Sowjetkongreß (Juli bis Oktober 1917). Er erließ Richtlinien, zum Beispiel über die Bildung und die Aufgaben der Kontrollausschüsse, die vom theoretischen Ansatz her die Keimform der örtlichen Ebene des künftigen Rätestaates waren, forderte zu Streiks und zur Bildung von proletarischen Hundertschaften auf. Nur von daher ergibt es einen Sinn, daß er zum 9. November 1923 den zweiten Reichsbetriebsrätekongreß einberufen sollte, dessen Aufgabe die Proklamierung des Generalstreiks als Signal zum „Losschlagen“, dem bewaffneten Aufstand, war. Die Dokumente über die in den Berichten des Militärischen Leiters bei der Zentrale der KPD, Rose, genannten proletarischen Hundertschaften kann man richtig einschätzen, wenn man weiß, daß er Ende 1922 nach Deutschland gekommen war, um unter der Kontrolle Brandlers als Mitglied der vom Zentrale-Mitglied Kleine (Guralski) geleiteten „Dreierkommission“ den Aufbau einer Truppe zu betreiben, die „in den ersten Tagen der Revolution die Basis der proletarischen bewaffneten Massen bilden“ sollte (Rose am 23. Mai 1923).

Firsov steht mit seinem vorzüglichen Beitrag „Ein Oktober, der nicht stattfand“ im Einklang mit anderen postkommunistischen russischen Autoren. Er schreibt: „Die Revolution in Deutschland war als grundlegende Etappe bei der Verwirklichung der Weltrevolution Hauptparole der Bolschewiki. Läßt man allerdings die revolutionäre Phraseologie beiseite, ging es im wesentlichen um die Expansion des Bolschewismus, um den Versuch, den Völkern Deutschlands und Europas eine Gesellschaftsordnung nach dem Muster der UdSSR aufzuzwingen.“ Er betont, daß vom Präsidium des EKKI im November 1923 als Ursache der Niederlage „keinesfalls die abenteuerlichen Pläne der Leitung der RKP(b) gesehen [wurden], die der Komintern und der KPD aufgezungen worden waren“, und die Moskauer Beschlüsse vom Januar 1924 „der KPD größeren Schaden zu[fügten] als ihr zeitweiliges Verbot durch das Reichskabinett in

Berlin“, da ausschließlich „Fehler der Brandlerschen Führung und Mängel in der Tätigkeit der KPD angeführt“ wurden. Er endet mit den Worten: „Die erwiesene Unhaltbarkeit einer Politik, die auf den baldigen Sieg der Revolution in Deutschland orientierte, führte schließlich zur Formulierung der Stalin-Bucharinschen Version der realen Möglichkeit, den Sozialismus in einem Land aufzubauen – was wiederum zur ideologischen Begründung der sich in der UdSSR bildenden totalitären Diktatur wurde.“

Firsov schreibt, die Moskauer Beschlüsse vom Januar 1924 verdienen, „gesondert erforscht zu werden“. Aus der Sicht des Rezensenten wäre es darüber hinaus notwendig, näher zu untersuchen, wie es zum Aufstandsbeschuß kam und wie sich die russischen Genossen die konkrete Durchführung einschließlich des möglichen Krieges gegen Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei vorstellten. Das bis jetzt bekannte Material gibt darauf keine zufriedenstellende Antwort.

Hier liegt kein leicht verständliches Buch vor, das man ohne Vorkenntnisse lesen kann, sondern ein unverzichtbares Nachschlagewerk, dessen Lektüre an den Benutzer hohe Anforderungen stellt.